

Flächendeal auf den Eiswiesen? Keine Zustimmung!

In der letzten Ratssitzung des Jahres standen neben dem Doppelhaushalt 2021/2022 auch einige brisante Themen der Stadtentwicklung auf der Tagesordnung. Die Vorgehensweise der Verwaltung und der großen Fraktionen von **CDU und SPD, die entscheidenden Tagesordnungspunkte ohne vorherige Diskussion**

land südlich der Knollstraße. Vor allem letzteres hat–zurecht– bereits hohe Wellen geschlagen. „Es kann nicht sein, dass die Fraktionen von CDU und SPD gemeinsam mit der Verwaltungsspitze in Vorstandsmeetings der neune Osnabrücker Wohnungsgesellschaft (WiO) oder ähnlichen nichtöffentlichen Gremien, Ent-

liegt, an dem der VfL sein Trainingszentrum haben möchte, versorgt den **ganzen Vorgang mit einem zusätzlichen Geschmäcke**. Und das vorge-schobene Argument des Umweltschutzes ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Die Stadt muss nicht Eigentümerin einer Fläche sein, um festzulegen was dort passiert. Dafür gibt es Flächennutzungspläne, die wir gerne ausführlich im StUA diskutieren. So wurde jetzt eine Fläche für die WiO erworben, auf der nicht klar ist, ob dort gebaut werden kann. Der Bereich der Eiswiesen versorgt die Innenstadt mit Frischluft. Giesela dazu: „Hier eingzugreifen (...), ist klimapolitischer Irrsinn.“

Bleibt uns nur eine **Prognose für die Zukunft**: Der Deal an der Eiswiese wird sich in doppelter Hinsicht nicht gelohnt haben. Der VfL bekommt am KME Gelände Schwierigkeiten mit der Baugenehmigung, da dort die besonders schützenswerte Bechsteinfledermaus lebt. Das Bauerwartungsland südlich der Knollstraße, kann nicht bebaut werden, da es das Stadtklima nicht zulässt. **Zeit- und Geldverschwendung par excellence– danke CDU, danke SPD!**



„Der Bereich der Eiswiesen versorgt die Innenstadt mit Frischluft. Hier eingzugreifen, ohne eine ausreichende Diskussion über die Faktenlage und ein sorgfältiges Abwägen der Entscheidung, ist klimapolitischer Irrsinn.“

Giesela Brandes-Steggewentz

im Fachausschuss noch schnell auf die Tagesordnung des Rates zu setzen, **kritisieren wir aufs Schärfste**. Giesela betont dazu: „Das jetzt in der Ratssitzung insgesamt vier Stadtentwicklungsvorhaben auf der Tagesordnung stehen, ohne dass wir diese nur einmal im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss gesehen haben, ist eine Frechheit!“

Es handelt sich hierbei um eine Erschließungsstraße im Wissenschaftspark, um den Ausbau der Johannisstraße, die weitere Erschließung des Baugebiets „Südlich am Heger Holz“ und die Entwicklung von Bauerwartungs-

scheidungen treffen, die dann im **Schnellverfahren ohne Beteiligung der verwaltungsinternen Fachabteilungen, der Ausschüsse und der kleinen Fraktionen, durchgestimmt werden sollen!**“, betont Giesela das Vorgehen.

Dass die Osnabrücker GroKo hier in vertrauter Einigkeit mit der Verwaltungsspitze mal schnell Flächen kauft, obwohl sie sonst nie den Verweis auf die klammen Kassen und den unbedingten Sparwillen auslassen, wirkt schon merkwürdig. Das in unmittelbarer Nähe zu den Flächen auf der Eiswiese, dass KME Gelände

Leerstand darf nicht belohnt werden!

In der Ratssitzung ging es auch um ein Förderprogramm für zukunftsorientierte Wohnraumnutzung und Modellprojekte. Was interessant und gut klingt, war es in Teilen tatsächlich auch. Allerdings findet sich in dem Programm auch ein **Passus zur Reaktivierung von leerstehendem Wohnraum, der eine Prämie von 500 €** vorsieht. Da waren wir doch sehr erstaunt. Die Verwaltung hat uns doch immer erzählt, dass es in Osnabrück kein Problem mit Leerstand gibt. Und jetzt wollen wir Eigentümer*innen, die jahrelang Wohnungen leerstehen lassen, belohnen?

Kurze Erinnerung: In 2019 haben wir einen Antrag zur Zweckentfremdungssatzung gestellt. Klingt sperrig, kann der Stadt aber Möglichkeiten bieten, bei Wohnungen die zweckentfremdet – also nicht zum „darin wohnen“ - benutzt werden, zu sanktionieren. Hierbei geht es um leerstehende Wohnungen, aber auch um die gewerbsmäßige touristische Nutzung von Wohnungen (über AirBnB o.Ä.). Unser Antrag wurde damals geprüft mit dem Ergebnis, dass die Verwaltung in Osnabrück keinen Handlungsbedarf sieht, da Leerstand kein Problem darstellen würde.

Ratsfrau Heidi Reichinnek bemerkt dazu: „Na was denn nun? **Für unsere Fraktion ist klar**, dass wir Eigentümer*innen, die ihre Wohnungen seit Jahren leerstehen lassen, obwohl es einen großen Mangel an Wohnungen in unserer Stadt gibt, **nicht mit einer Prämie belohnen!** Es braucht viel mehr endlich Rechtsgrundlagen, wie die Zweckentfremdungssatzung, um das Angebot von Wohnraum in unserer Stadt effektiver zu schützen.“

„Für unsere Fraktion ist klar, dass wir Eigentümer*innen, die ihre Wohnungen seit Jahren leerstehen lassen, obwohl es einen großen Mangel an Wohnungen in unserer Stadt gibt, nicht mit einer Prämie belohnen!

Heidi Reichinnek



Kontakt:

Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück
Bierstraße 29/31, 49074 Osnabrück
linksfraktion@osnabrueck.de
www.linksfraktion-os.de

Haushaltsrede 2020: „Krisenprofiteur*innen zur Kasse: Umverteilung statt Sparmaßnahmen!“

„Krisenprofiteur*innen zur Kasse: Umverteilung statt Sparmaßnahmen!“

So haben wir unsere Pressemitteilung zum Doppelhaushalt 21/22 betitelt. Wir haben hier in Osnabrück noch nicht gespart, aber hier klingt die Sorge mit, was in den kommenden Jahren sein wird.

In diesen ungewissen Zeiten einen Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre aufzustellen, ist eine ganz besondere Herausforderung. Niemand weiß, wie sich die Pandemiesituation in den kommenden Monaten entwickeln und wie die wirtschaftlichen Folgen sein werden. Es zeichnet sich schon ab, dass mit Konkursen zu rechnen ist, Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit oder erwerbslos, auch Künstler*innen müssen von ALG II leben...Wir kennen alle die Situation.

Wichtig ist daher, dass wir eine Debatte darüber führen, wer die Auswirkungen dieser Krise finanziert. Und hier fordern wir als LINKE deutlich die Millionäre und

Milliardäre in die Pflicht zu nehmen. Die Vermögenskonzentration auf eine Handvoll Personen ist in der Bundesrepublik schon seit Jahren ein steigendes Problem. Sie wissen nicht wohin mit dem Geld und stecken es in Immobilien. Den Zustand des Wohnungsmarktes haben wir hier an dieser Stelle oft bedauert, kriegen es auch in Osnabrück zu spüren. Jetzt in der **Krise** konnten diese Personen ihr Vermögen noch einmal deutlich steigern. Es braucht in der Bundesrepublik endlich eine Umverteilung von oben nach unten! **Wer von der Krise profitiert, muss auch mehr Solidarität liefern.** Wir machen schon jetzt deutlich, dass es in Zukunft keine dicken Sparmaßnahmen in den kommunalen Haushalten geben darf.

Es braucht endlich den Blick auf die Einnahmenseite und eine Vermögenssteuer und vor allen Dingen eine Corona-Abgabe in Deutschland. **Eigentum verpflichtet!** Und noch eins: Das Festhalten

an hohen Erbpachtzinsen für Bauland darf nicht für Schuldensenkungen eingesetzt werden. Dies behindert die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum!

Diese **Punkte** sind uns in der **Entwicklung des Haushaltes hier in Osnabrück** sehr wichtig:

Zu Oberst nenne ich den **Stellenbedarf** in unserer Verwaltung und den Eigenbetrieben. Gern hätte ich als Dankeschön für die geleistete Arbeit, auch bei der konkreten Erstellung des Haushaltsplans und der Sortierung unserer Änderungsanträge, in diesen Corona-Zeiten, wo Viele zusätzliche Aufgaben übernommen haben, für den Bedarf von zusätzlichen Stellen eine Mehrheit gesehen. Doch leider wurde mit dem Festhalten an eine Einsparsumme bei Personalkosten und der Schaffung einer Stelle für Personalabbau (Qualifikation Betriebswirtschaft) dieses zerschlagen. So bleibt mir ein **„Ich danke Ihnen alle, unseren Beschäftigten!“** (Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung Haushaltsrede)

Wichtig ist für uns auch die nachhaltige **Mobilität**. Wir sind sehr froh, dass es endlich gelungen ist eine Machbarkeitsstudie für eine **Stadtbahn** in der Stadt und bis in den Landkreis durchzusetzen. Hier gilt auch ein besonderer Dank der Osnabrücker Stadtbahn-Initiative, die hier seit Jahren gute, unermüdliche Arbeit leistet. Nur mit einem attraktiven Angebot an die Bevölkerung wird es uns möglich, die Verkehrsprobleme in unserer Stadt zu lösen. Dies ist ein wichtiges Instrument, um auch Pendler*innen den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV zu erleichtern. Ein weiterer Punkt ist die **kostenlose Schüler*innenbeförderung, für alle und die Azubis**. Da sich das Land hier nicht bewegt, wie es andere Bundesländer tun, fordern wir seit Jahren entsprechende Mittel in unseren Haushalt einzustellen. Ein weiterer Punkt ist das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“. Entsprechende Mittel i.H.v. 50.000 € sollten in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Mit diesem Projekt können wir Kindern mehr

Partizipation und Teilhabe ermöglichen und dem Trend der steigenden Kinderarmut etwas entgegen setzen.

Um den Auswirkungen der Pandemie auf lokaler Ebene zu begegnen, ist es unbedingt erforderlich, dass der von der **Gastro- und Veranstaltungsszene** in Spiel gebrachte Fördertopf in den Haushalt eingestellt wird. Wir unterstützen hier deutlich den Vorstoß der SPD-Fraktion einen entsprechenden Fond i.H.v. 2,5 Millionen Euro aufzusetzen. Die Branche braucht hier vor Ort unsere direkte Hilfe, damit sie durch die Krise kommen kann – das unterstützt schlussendlich auch **Künstler*innen!**

Auch eine klare Finanzierung des Osnabrücker **Afrika Festival** fehlte uns im Haushaltsentwurf. Wir fordern hier insgesamt 75.000 Euro für die kommenden zwei Jahre zur Planung und Umsetzung des beliebten und wichtigen Festivals im Jahr 2022 oder 2023.

Wichtig ist uns abschließend, dass die Stadt Osnabrück endlich ein **Ausstiegsszenario für das Milli-**

onengrab FMO entwickelt. Wir brauchen keine Regionalflughäfen, die jährlich Subventionen in Millionenhöhe verschlingen. Das ist sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch aus klimapolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu rechtfertigen! Als Alternative zu Kurzstreckenflügen, müssen wir klimagerechte Alternativen, wie den Einsatz von Schnell- und Nachtzügen, stärker unterstützen.

Das noch: Die Beschlussvorlage zur Entwicklung von Bauland im Gebiet der südlichen Knollstraße ohne Beratung im Fachausschuss Stadtentwicklung und Umwelt, ist eine Unverschämtheit. Wir fordern die Überweisung in den StU-A. Heute werden wir dem nicht zustimmen. Das OB muss erst geklärt werden.

Die Fraktion DIE LINKE. enthält sich bei der Abstimmung zum Doppelhaushalt 2021/2022.“

Rede zum Haushalt von unserer Fraktionsvorsitzenden Giesela Brandes-Steggewentz

„Aufatmen am Neumarkt? Wir haben noch Fragen.“

Nach Jahren des Stillstands soll am **Neumarkt jetzt das Projekt „Johannis-Höfe“** entstehen. Die Erleichterung war bei vielen groß. Endlich passiert etwas an diesem zentralen Ort, über den sich seit Jahren so sehr gestritten wurde! Aber haben wir wirklich schon allen Grund zum aufatmen? Wir haben uns den jetzt tätig werdenden **Investor genauer angesehen** und da bleibt einem mitunter das Aufatmen im Halse stecken.

Politische **Hinterzimmergespräche mit AfD-Nazi** Bernd Höcke, ein Findling mit Familiennamen und **Nazisymbolik am Grundstück** der Familie—ausgerechnet an der Straße zur Gedenkstätte Bergen-Belsen, die geplante Gründung einer gemeinsamen Firma mit der AfD Thüringen?

„Klar, alles nicht in erster Linie im operativen Geschäft der Lindhorst-Gruppe angesiedelt, sondern im Privatengagement des Firmenseniors Jürgen Lindhorst—immerhin noch Aufsichtsratschef der JLW Holding. Wenn dieser sich jedoch in fragwürdigen YouTube Formaten 10 Minuten öffentlich darüber äußert, dass er und seine Familie für schmarotzende Wirtschaftsflüchtlinge kein Verständnis haben und betont,

dass die ganze Familie seit 2015 vermehrt im Ausland investiert, um „gegebenenfalls Schlimmeren was hier passiert vorzubeugen“ wird der Beigeschmack zusehends fader.“, stellt Ratsfrau Heidi Reichinnek klar.

Aber als wäre das Nazi-Engagement des Firmen-Opas nicht Grund genug, dieser Investoren-Gruppe zu misstrauen. Auch im **operativen Geschäft weiß die Lindhorst-Gruppe negativ zu überzeugen**. So gehört das Familienunternehmen, das in der Pflegebranche groß geworden ist, mittlerweile auch zu einem der größten Agrarunternehmen in Deutschland. Hier fallen regelmäßig Worte wie Landgrabbing, die die Strategie großer Agrarunternehmen in Ostdeutschland beschreiben: möglichst viel Fläche kaufen, umso möglichst hohe EU-Agrarsubventionen abzugreifen. Anscheinend mit Erfolg: 2019 mit 3,4 Mio Euro gabs den zweiten Platz der Agrarsubventions-Millionäre. Bei diesen Agrarriesen handelt es sich dann regelmäßig um landwirtschaftliche Betriebe, die die Böden mit Maismonokulturen zur Biogasgewinnung zerstören. Aber auch, und für uns in Osnabrück interessanter, das Vorgehen der Lind-

horst-Gruppe in der Immobilienbranche. So übernahm die Gruppe in Hamburg-Harburg eine Immobilie und bekam durch wolkenge Versprechungen von kostengünstigen Mikro-Apartments für Studierende eine entsprechende Baugenehmigung. Von den ehemaligen Versprechungen ist nicht mehr viel übrig, statt 300 Euro Studi-Wohnungen gibt es nun 900 Euro Mikroapartments für Tourist*innen und Pendler*innen. Da steht das vertrauensvolle Verhältnis für das Projekt am Neumarkt doch schon direkt auf der Probe.

„Bleibt uns als Kommunalpolitiker*innen eigentlich nur die Frage, ob es nicht für Osnabrück besser gewesen wäre, an diesem zentralen und streitbehafteten Ort, das Projekt mit unserer WiO, der Osnabrücker-Kompetenz der Plan B Gruppe und zivilgesellschaftlichen Engagement selbst zu entwickeln. Schade, dass wir im Rat darüber auch nicht sprechen konnten. Bei einem Neuanfang an diesem zentralen Platz in Osnabrück, ist es wichtig ein vertrauenswürdiges Verhältnis zu haben und dafür müssen diese Punkte angesprochen werden. **Wir werden diesen Prozess kritisch begleiten!**“, betont Heidi.